

# **Außenpolitik zwischen Krieg und Frieden**

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2003
- MUSICA PRO PACE 2003
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

## **Militär humanitär? Deutsche Außenpolitik zwischen Krieg und Frieden**

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität  
am 14. Mai 2003

<i>Karl Lamers</i>	Ehemaliger Außenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag
<i>Prof. Dr. Herfried Münkler</i>	Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität, Berlin
<i>Hans-Christian Ströbele MdB</i>	Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen
<i>Prof. Dr. Roland Czada</i>	Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

*Roland Czada:* Unser Thema tangiert einerseits die nationale Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, andererseits Fragen nach dem Stellenwert des Militärs und des Krieges als Mittel der Politik. Außerdem geht es um die internationale Staatenwelt und um die Zukunft ihrer politischen Ordnungsinstitutionen, also der Vereinten Nationen und des Bürgerrechts.

Lassen Sie uns mit dem Problem der deutschen Außenpolitik beginnen und dann zur großen weltpolitischen Konstellation, zu Fragen des Terrorismus und zu den grundsätzlichen Fragen von Krieg und Frieden vorstoßen.

Wir leben heute in Europa und in einer Situation, in der wir uns vor einem Staatenkrieg so sicher fühlen können wie selten zuvor. Trotzdem beschleicht uns das unbehagliche Gefühl außenpolitischer Unsicherheit.

Herr Lamers, hätte die deutsche Politik nicht längst voraussehen und darauf reagieren müssen, dass nach dem Ende des Kalten Krieges eine ganz neue außen- und bündnispolitische Situation entstehen würde, und wie sieht diese neue Situation aus? Stimmt es, dass die Bundesregierung vielleicht zu spät und zu unpräzise, zu unsicher, auf die neue Situation reagiert hat? Steht die Bundesrepublik nicht heute ohne ein durchdachtes Konzept da?

*Karl Lamers:* Wenn die deutsche Politik nach 1990 schon selbst nicht erkennen wollte (oder konnte), dass die Welt höchst unsicher geworden war und sich neue Fragen und Herausforderungen stellten, dann hätte man wenigstens die Analysen der US-Amerikaner lesen sollen. Welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen gewesen wären, ist freilich die Frage. Sicher ist aber, dass diese Analysen im

Wesentlichen zutreffend waren. Vor 1990 und erst recht danach wiesen zahllose amerikanische Analysen auf zwei neue Hauptprobleme der internationalen Sicherheit hin, nämlich die *Proliferation von Massenvernichtungswaffen* und den *Terrorismus*. Dies blieb in der deutschen Politik weitgehend unbemerkt. Und auch in Europa insgesamt war es kaum anders. Sieht man von der Regierung *Tony Blairs* ab, so findet man derzeit nirgendwo eine umfassende Analyse der Welt, wie sie heute ist, und noch weniger ein in sich schlüssiges Konzept, das auf ihre Herausforderungen reagiert.

Was Deutschland angeht, so habe ich immer beklagt, dass unsere Sicht in der Tat eine sehr begrenzte und nicht globale ist. Wirkliche Globalität ist aber der einzig angemessene Bezugsrahmen für Außenpolitik unter den heutigen Bedingungen. Zwar sprechen wir immer von der *einen* Welt, wir sind aber alles andere als eine *einige* Welt. Die Welt ist in tiefer Unordnung und in Unfrieden. Der 11. September 2001 gab das Fanal für diesen Unfrieden.

Die deutsche Außenpolitik pflegte traditionell immer nur eine kontinentale Sichtweise, und Versuche, dies zu ändern, scheiterten. So war etwa während des Kalten Krieges unsere Sichtachse die zwischen Moskau und Washington. Alles was daneben passierte, wurde nicht wahrgenommen. Nach 1990 hat nun die Außenpolitik einen Stellenwert erhalten, der in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer wahren Bedeutung steht. Das belegen auch Zahlen: Die Anteile der Außenpolitik am Bundeshaushalt, so wie sie sich in den Haushalten für Verteidigung, Entwicklung und für das Auswärtige Amt niederschlagen, sind symptomatisch. Von mehr als 22% im Jahr 1989 verringerte sich der Anteil auf unter 12% im Jahr 2002. Der Haushalt wird auch das ›Schicksalsbuch der Nation‹ genannt; man kann daran ablesen, wie ein Land seine Prioritäten setzt. Diese Entwicklung ist bereits seit 1990 im Gange und nicht seit 1998, und die jetzige Regierung hat darin keine Besserung bewirkt.

Unbeschadet sonst unterschiedlicher Auffassungen sollten es möglich sein, gemeinsam für mehr Aufmerksamkeit für die deutsche Außenpolitik zu plädieren. Unsere Gesellschaft und die Politik haben deren Bedeutung vielleicht erst seit den jüngsten Ereignissen in der Folge des ›11. September‹ annäherungsweise zu erfassen begonnen.

*Roland Czada:* Herr Ströbele, teilen Sie die Grundaussage der Konzeptlosigkeit deutscher Außenpolitik? Oder wo sehen Sie den Dissens?

*Hans-Christian Ströbele:* Die Außenpolitik vieler Länder ist derzeit vom Kampf gegen Terrorismus und Proliferation von Massenvernichtungswaffen stark bestimmt. Richtig ist, dass in den Jahren seit dem Zusammenbruch des Ostblocks eine neue Situation entstanden ist, auf die hin ein außenpolitisches Konzept nur langsam entwickelt wird. Eine ganze Reihe politischer Denker und Akteure in den USA sah nun ihr Land als einzige militärische Großmacht an. Ich hätte gewünscht,

dass nach 1990 vorrangig die europäischen Staaten zu einer Politik gefunden hätten, die grundsätzlich die Frage nach der Notwendigkeit des Militärs gestellt hätte. Können wir nach den Jahrzehnten des Kalten Krieges und der Verschleuderung unvorstellbarer Geldmengen für Rüstung nicht zu einer neuen Politik kommen, in der Abrüstung betrieben und für Militär viel weniger ausgegeben wird? Dieser naheliegende Gedanke ist weder in Deutschland noch in Europa ernsthaft diskutiert worden. Forderungen, den Nutzen der Bundeswehr zu diskutieren, wurden nur belächelt.



Hans-Christian Ströbele

Inzwischen haben wir tatsächlich eine wirkliche Bedrohungslage. Aber woher entspringt diese? Weder aus dem alten Ostblock noch aus dem Charakter der Terroristen, sondern aus der Politik, die unter der Führung der USA auf der Welt betrieben wurde. Wir alle, darauf machten die Demonstrationen der Anti-Globalisierungs-Bewegung aufmerksam, haben in den letzten Jahren erheblich dazu beigetragen, dass die Schere

zwischen Arm und Reich sich immer weiter öffnet und der Reichtum der Erde sich immer mehr auf wenige Länder konzentriert. Andere Völker werden zusehends ärmer und haben immer weniger Lebensperspektive. Die USA haben zusätzlich mit ihrer Politik dazu beigetragen, den Menschen in immer mehr Ländern die Würde zu nehmen.

In der Frage der Proliferation haben sich die USA – die Macht, bei der es sich am meisten lohnen würde, nach Massenvernichtungswaffen zu suchen – über die bestehende Vereinbarung, Atomwaffen abzurüsten, hinweggesetzt. Sie sind heute stolz darauf, diese Verträge zu brechen, nukleare Aufrüstung zu betreiben, und spielen mit der Option, ihre Waffen auch einzusetzen. Die US-Außenpolitik ist schuld daran, dass sich ein Staat heute nur sicher fühlen kann, wenn er über Massenvernichtungswaffen verfügt, und so dürfen wir uns nicht wundern, wenn auch Länder, bei denen uns das Angst macht, sich atomar zu bewaffnen versuchen.

Ginge es aber darum, Militärdiktatoren, die Massenvernichtungswaffen besitzen und offensiv mit ihnen drohen, die Macht zu nehmen, so käme zuerst Pakistan in den Blick, ein guter Freund der USA und Westeuropas. Der Staatschef bedroht seine Nachbarländer; trotzdem erhält er Gelder aus dem Westen. Das ist das Ungerechte der Politik, die unter Führung der USA betrieben wird und an der sich auch Deutschland beteiligt. Viele der verarmten Völker, denen auch die Würde genommen wurde, glauben uns nicht, dass der amerikanische Friede, die *pax*

*americana*, eine gerechte Welt bringen wird, in der alle wirklich gleich sind und die Einführung der Demokratie für alle gleich wichtig ist.

*Roland Czada:* Sie haben die Frage gestellt: Brauchen wir ein Militär? Die USA würden vermutlich sagen: Wir brauchen das Militär, um den internationalen Terrorismus zu bekämpfen.

*Hans-Christian Ströbele:* Was die Amerikaner tun, hat die Folge, dass neuer Hass entsteht und neue Terroristen in weiteren Ländern überall auf der Welt sich aufmachen. Die von den USA in Afghanistan und im Nahen Osten betriebene Politik *züchtet* Terroristen; das ist doch das Thema. Dabei dürfen wir nicht mitmachen und uns in diese Politik nicht einspannen lassen.

*Roland Czada:* Herr Münkler, wir leben jetzt in einer Periode neuer Kriege und der weltweiten Aufrüstung. Warum ist die große Hoffnung, dass nach dem Ende des Kalten Krieges eine neue Friedens Epoche entstehen würde, in der die Rüstungsetats zurückgefahren würden, nicht nur enttäuscht worden, sondern geradezu in ihr Gegenteil verkehrt worden?

*Herfried Münkler:* Offenbar haben, entgegen manchen Behauptungen, das Niveau der Aufwendungen für Rüstung und die Wahrscheinlichkeit von Kriegen nur sehr wenig miteinander zu tun. Im subsaharischen Afrika z.B. sind seit 1985 die Rüstungsaufwendungen auf etwa die Hälfte der früheren Höhe zurückgegangen. Gleichwohl sind in Schwarzafrika sehr viel mehr Kriege geführt worden. Es hat ein *Gestaltwandel des Krieges* stattgefunden, derart, dass Krieg in vielerlei Hinsicht nicht Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele, sondern eine Form der Sicherung des Lebensunterhaltes geworden ist. Solche Kriege sind sehr *billig* geworden. Sie werden mit automatischen Waffen geführt, die immer billiger zu haben sind. Diese Kriege werden mit Kindersoldaten unter 14 Jahren geführt, die mit Rauschgift und mit der Lizenz zu Raub und Vergewaltigung besoldet werden. Ihre Zahl weltweit schätzt die UNO auf 300.000. Zur Kriegführung werden nur *pick-ups* benötigt, die sowohl als Gefechtsfahrzeug als auch als Truppentransporter einsetzbar sind. Je kostengünstiger diese Kriege werden, desto niedriger liegt die Eintrittsschwelle. Immer seltener werden Kriege von Staaten geführt. *Immerstaatliche* oder *transnationale* Kriege machen die große Mehrzahl aus.



Herfried Münkler

In diesen Kriegen wird Gewaltanwendung zu einer Form der Sicherung des Lebensunterhaltes, weil die *»arbeitsfähigen«* Menschen keine andere Beschäftigung finden. Der Krieg hat allerdings weniger mit Armut zu tun als vielmehr mit der

Möglichkeit, sich in den Besitz bestimmter Ressourcen zu bringen: Wer mit Waffengewalt in den Besitz dieser Ressourcen gelangt, kann in einer globalisierten Schattenwirtschaft gigantische Gewinne realisieren. Die *warlords* unserer Tage sind vergleichbar mit den Kriegsherren der Frühen Neuzeit. Sie betreiben den Krieg als ein Geschäft.

Mit diesem Gestaltwandel des Krieges ist dieser in die ökonomische Welt zurückgekehrt. Wie ist dem zu begegnen? Denkbar wäre der Vorschlag, solche Kriege »ausbrennen« zu lassen, bis die dortigen Ressourcen erschöpft sind, weil die Aussichten, sie mit militärischen Interventionen zu vertretbaren finanziellen und politischen Kosten beenden zu können, unsicher sind. Dieses Kalkül wird aber nicht aufgehen, denn diese Bürgerkriegsökonomien verlaufen nicht in geschlossenen Systemen. In den neuen Bürgerkriegen sind die Lokalökonomien an die Weltwirtschaft über die Schattenglobalisierung angeschlossen. Die Ressourcen erschöpfen sich nicht, und das bedeutet, dass die Akteure ein Interesse an der Fortdauer des Krieges haben, denn sie leben vom Krieg. Das ist die Logik des Handelns lokaler Akteure. Derart veränderte Kriege sind schwierig einzudämmen. Die Europäer haben darauf reagiert, indem sie eine Politik des Stabilitätsexports betreiben, d.h. entweder Militär und Experten in Bürgerkriegsgebiete schicken oder das Hochkommen der Gewalt zu verhindern suchen. Das gelingt aber nur in kleinen Gebieten, und wahrscheinlich ist dieses Projekt in globalem Maßstab nicht finanzierbar.

Die US-amerikanische Antwort ist ganz anders: Die terroristischen Akteure sollen dauerhaft unter Stress gesetzt werden, sodass ihre Operationsfähigkeit kurzfristig eingeschränkt wird. Das bedeutet, einen Krieg mit offenem Ausgang zu führen, über dessen Erfolg nicht die Frage nach Gewinn oder Verlust entscheidet. Erfolgreich geführt werden diese Kriege, wenn man den Gegner wirkungsvoll unter Stress setzt. Ich denke, das sind zwei unterschiedliche operative Logiken, zwischen denen zu entscheiden ist, wenn diese Entscheidung nicht schon zugunsten der Amerikaner gefallen ist, weil ihre Lösung kostengünstiger als die der Europäer ist.

*Hans-Christian Ströbele:* Ihre Analyse teile ich weitgehend. Aber auch schon vor 1990 sind viele Kriege über Jahre oder Jahrzehnte nicht allein zur Subsistenzsicherung oder zur Bereicherung der kämpfenden Parteien geführt worden, sondern für fremde ökonomische Interessen. So führen auch die *warlords* im Kongo ihren Krieg nicht nur für den eigenen Vorteil, sondern auch für ökonomische Interessen außerhalb des Kongo. Das ist in vielen Gegenden der Erde feststellbar. Warum brechen jetzt in vielen Ländern, die man immer für friedlich hielt, fürchterliche Bürgerkriege aus? Hat das nicht mit äußeren Mächten zu tun, die sich über neue Ressourcen streiten? Immer geht es auch um die Interessen von Mächten außerhalb des Landes. Die Einmischung findet täglich statt, und viele dieser Kriege würden so nicht mehr geführt, wenn es diese Einmischung und diese äußeren ökonomischen Interessen nicht gäbe.

*Herfried Münkler:* Demnach stimmen Sie zu, dass nicht Armut und Elend in großen Teilen der Welt die Kriege verursachen, sondern die Möglichkeit zur Erzielung von Einkommen ohne Arbeit, d.h. von *Renteneinkommen* durch die Ausbeutung von Bodenschätzen oder anderer Ressourcen. Nicht der Tausch von Arbeitskraft gegen Wertschöpfung ist das hier geltende Wirtschaftsprinzip, sondern die gewaltsame Verfügbarmachung der Ressourcen als ein Schlüsselphänomen.

Die Blaupause aller neueren Kriege können wir schon im Prinzip des Dreißigjährigen Krieges erkennen: Am Beginn steht ein Konflikt um politische Macht, der sehr bald ideologisch aufgeladen wird. Dann wird der Krieg geführt und könnte im Prinzip in einer Schlacht entschieden sein. Die Entscheidung in der *Schlacht* wird aber nicht als die Entscheidung des *Krieges* akzeptiert, sondern nun werden neue Mächte hineingezogen. Unterdessen aber haben sich Gruppen gebildet, die ein Interesse an der Weiterführung des Krieges haben. Zunehmend haben sie auch die Möglichkeit, ihre Interessen durchzusetzen. Hinzu kommen nun Interventionen von außen. Es überlagern sich viele Interessen. Wovon leben die? Von äußeren Zuflüssen und gleichzeitig von der Entwicklung einer inneren Ökonomie des Bürgerkriegs.

Daher meine ich, man macht es sich zu einfach, immer den Amerikanern die Schuld zu geben. Ein Amerikaner würde wahrscheinlich sagen, sie *reagierten auf challenges*, auf ›Herausforderungen‹ von außen, und auf der anderen Seite wird die amerikanische Reaktion nun ihrerseits als Anfang einer Aggression betrachtet. Es ist nun einmal die Moral der Kriegsparteien, immer der Gegenseite die Schuld beizumessen. Die analytische Beobachtung zeigt obendrein, dass diese Kriege nicht in Form von freiwillig vereinbarten Friedensschlüssen beendet werden können. Möglicherweise ist das Modell des Westfälischen Friedens, der zwar ›Friedensschluss‹ heißt, aber ein *Friedensprozess* war, ein gutes Modell. Es geht beim Friedensschließen hauptsächlich darum, wer die Demobilisierungskosten bezahlt, und da diese sehr hoch sind, laufen zumeist eher die Kriege weiter.

*Karl Lamers:* Nicht außer Acht bleiben sollte die schwachschwache Zentral- oder Staatsgewalt in jenen Ländern, die Schauplätze dieser Kriege sind. Erst dieser Umstand macht das Unwesen der *warlords* möglich. Dagegen muss langfristig die dortige Staatlichkeit wieder gestärkt werden. Wir haben es eben auch mit einem Prozess der *Privatisierung der Gewalt* zu tun, wie der ›11. September‹ eindrücklich bewiesen hat und wie es die Situation in den betreffenden Ländern illustriert. Die europäische Politik gegenüber diesen Ländern wird sich langfristig als die bessere erweisen. Aber angesichts der Unzahl der Fälle von *versagender Staatsgewalt* sind wir Europäer überfor-



Karl Lamers

dert. Ich fürchte aber, auch die Amerikaner übernehmen sich. Nur wenn der amerikanische und der europäische Ansatz zusammenkommen und wenn beide ungleich mehr leisten, als sie es derzeit tun, gibt es eine Erfolgchance. Für diese Aufgabe bedarf es der notwendigen militärischen Mittel, und deswegen müssen unsere militärischen Ausgaben erhöht werden!

Der Kosovo-Krieg ist ein Beispiel für eine internationale humanitäre Intervention, bei der keine anderen Interessen ausschlaggebend waren. Schließlich gab es dort nichts zu verdienen, sondern nur sehr viel Geld zu verausgaben. Negativ war, dass kein UN-Mandat bestand. Das wird in Zukunft hoffentlich anders sein. Das Gesamtergebnis dieser Intervention ist zweifelsfrei besser, als wenn sie unterblieben wäre.

*Roland Czada:* Hier wird das Bedürfnis betont, über ausreichende militärische Mittel zu verfügen. Aber stellt sich da nicht die Frage nach deren Einsatzmöglichkeiten und -bedingungen? Man könnte doch die amerikanische Strategie als einen Versuch ansehen, den von Terrorgruppen bestimmten Trend zur Privatisierung von Kriegen umzukehren. Ist nicht die gesamte außen- und militärpolitische Strategie, so könnte man fragen, darauf ausgerichtet, den zivilisatorischen Stand moderner Staatlichkeit zu retten? Viele liberale Intellektuelle sagen, die USA führen das Projekt des freiheitlich-republikanischen Rechtsstaates fort, indem sie gegen unbeschränkte private Gewaltausübung mit allen Mitteln im globalen Ausmaß vorgehen.



Roland Czada

*Hans-Christian Ströbele:* Die USA gehen nicht überall gegen private Gewalt vor, und wenn es eigenen imperialen Ziele dient, rüsten sie sogar solche privaten Armeen aus, nicht zuletzt die *Taliban* und *Al-Kaida*. Sie sagen: Wir führen einen Krieg gegen den Irak, um dort Massenvernichtungswaffen zu zerstören, obwohl sie genau wussten, dass es keine solchen Waffen gab. Das heißt, sie geben einen Grund an, den sie selber nicht glauben, weil ganz andere Gründe dahinter stehen, die sie nicht benennen.

Auch Russland und andere Staaten sind nicht nur in der Lage, sondern auch dabei, Kriege zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen zu führen. Allerdings sind das keine Weltmächte, die ein imperiales Weltreich errichten wollen, sondern ihnen geht es um Einflussphären. Auch die Franzosen, unsere guten Freunde in

der Debatte um den Irak-Krieg, sind willens und in der Lage, sich auch aus ökonomischen Interessen an Kriegen zu beteiligen.

Wenn nun bei uns proklamiert wird: Wir brauchen Soldaten, wir brauchen Armeen und mehr Geld für Militär, dann heißt das: Wir brauchen wieder Militär als ganz normales Mittel der Politik.

Es gab in fast ganz Westeuropa in den Jahren vor 1990 einen Konsens darüber, dass – anders als für vorherige Generationen – Krieg nie wieder Mittel der Politik sein soll: eine zivilgesellschaftliche Errungenschaft! Jetzt wollen die Amerikaner und auch andere Länder auf die frühere Stufe der kulturellen Entwicklung zurückgehen: Krieg soll wieder ein ganz normales Mittel der Politik werden. Es geht anscheinend nur noch darum, dass er dem Angreifer aus dem Westen, Norden und den USA möglichst wenig Schaden zufügt. Das lehne ich ab!

*Herfried Münkler:* Der Hinweis, die Amerikaner kooperierten mancherorts, z.B. im Kosovo-Krieg, mit *warlords*, ist sicher zutreffend. Dem liegt der problematische Umstand zugrunde, dass Demokratien im Prinzip nicht in der Lage sind, Kriege unter großen eigenen Opfern zu führen und dass sie deswegen ihrerseits den Krieg kommerzialisieren, indem sie dies von Söldnern erledigen lassen. Die von Herrn Ströbele genannten Beispiele – Taliban und Al-Kaida – belegen jedoch etwas anderes: Die Taliban waren eine Schöpfung Pakistans, nicht der USA. Pakistan wollte sich im Konflikt mit Indien einer rückwärtigen ›strategischen Tiefe‹ versichern, indem der pakistanische Generalstab Afghanistan unter seine politische Kontrolle brachte. Die dafür eingesetzten Mittel – darunter auch Gelder der CIA – flossen über den pakistanischen Geheimdienst.

Militärisches Ziel war es, gegenüber Indien in einem konventionellen Krieg, gegebenenfalls auch in einer nuklearen Auseinandersetzung, die Landvorteile, die Indien durch seine größere Ausdehnung hat, wettzumachen. Afghanistan konnte für die USA gewonnen werden, nachdem diese Pakistan quasi eine Sicherheitsgarantie gegenüber Indien gegeben hatten.

Auch *Saddam Hussein* ist ein falsches Beispiel. Die irakische Armee war, was die mechanisierten Bodentruppen angeht, allein mit sowjetischer Militärtechnologie ausgerüstet. Die technisch fortschrittlicheren Waffen waren französischer Herkunft. Die US-Amerikaner intervenierten ab 1986/87 im Krieg des Irak gegen den Iran, indem sie den Irak mit Informationen versorgten, als diesem eine Niederlage drohte. *Henry Kissinger* äußerte damals, dass es am besten sei, wenn beide verlieren würden. Das ist die Logik einer imperialen Macht, aber es hilft nichts, davor die Augen zu verschließen; auch die Briten haben immer versucht, ihre potentiellen Gegner gegeneinander auszuspielen.

Nicht die Frage, ob Militär (wieder) ein Mittel der Politik geworden ist, stellt sich uns heute, sondern die Frage nach der Veränderung in der politischen Ordnung. Zwar kennen wir die Fiktion einer globalen Staatlichkeit, aber funktionierende Staaten gibt es im Prinzip nur noch in einem kleinen Teil der Welt. Wenn sie

an andere Staaten grenzen, können sie entsprechende Verträge abschließen, und diese sind für sie auch verlässlich, weil sie sich gegenseitig anerkennen und ihr Territorium als Vertrauensgarantie bieten. Insofern ist in staatlich stabilen Bereichen der Welt eine Sicherung des Friedens mittels Verträgen möglich, wodurch auch eine wechselseitige Bedrohung entbehrlich wird, was die Perspektive der Kostenersparnis eröffnet.

Dies ist unter den Bedingungen des Zerfalls von Staatlichkeit nicht der Fall, denn auf der anderen Seite stehen ganz andere Akteure, und so transformieren sich Staaten zu Imperien. Manches über die USA Gesagte trifft zu, ist aber nicht das Ergebnis einer zielstrebigem Politik, die erst unter der Bush-Administration begonnen worden wäre, sondern ist Ergebnis einer quasi ›physikalischen‹ Veränderung der Staatenwelt, in der die Grenzen zunehmend ›weicher‹ werden. Das trifft seit langem schon auf Mittelamerika als den so genannten ›Hinterhof‹ der USA zu, den sie indessen auch selber destabilisiert haben. Die Weltordnung des 21. Jahrhunderts sich vorzustellen heißt, sie entweder als das Projekt einer imperialen Macht zu denken, wobei es am Ende für Deutschland ein Glück bedeutete, von den USA unter die Fittiche genommen zu werden, oder sich einem Projekt der *Wiederherstellung von Staatlichkeit* im globalen Maßstab gegenüberzusehen. Das sind die Alternativen, über andere muss man nicht diskutieren.

Das gilt z.B. für die Frage nach besseren Alternativen für militärische Pressionsmaßnahmen, die 1990 anlässlich des zweiten Irak-Kriegs intensiv in Deutschland diskutiert wurde: Soll man die Besetzung Kuwaits durch den Irak mit militärischen Mitteln beenden oder ist es besser, den Irak mit einem Regime von Sanktion und Embargo zu überziehen und auf diese Weise zum Kollaps zu bringen? Diejenigen, die für letzteres eintraten, sollten sich zuerst einmal der Problematik des eingetretenen 12jährigen asymmetrischen Friedens verantwortungsbewusst zuwenden.

*Roland Czada:* Die aufgezeigten Alternativen – auf der einen Seite imperiale Macht, die den Frieden sichert, auf der anderen Seite Wiederherstellung von Staatlichkeit – sind sehr interessant, allerdings bedeutete auch die letztere im Zweifelsfall militärische Intervention, also: *Militär humanitär?!*

Herr Lamers, Militär humanitär – Ist das miteinander vereinbar? Wo wäre die Grenze zwischen militärischer Eroberungspolitik, d.h. imperialer Politik, einerseits und humanitärer Hilfe andererseits zu ziehen?

Sind nicht Kriege immer schon mit dem Verweis auf eine angebliche zivilisatorische Mission geführt und gerechtfertigt worden? Wer kann uns sagen, was eine ›humanitäre Intervention‹ ist und was ein Krieg imperialer Machtentfaltung und reiner militärischer Eroberungskrieg?

*Karl Lamers:* Auf diese Fragen lassen sich keine allgemeingültige Antworten geben. Man kann das nur in jedem Einzelfall entscheiden. Ich bleibe dabei: Im

Kosovo gab es keine erkennbaren ›Interessen‹, die die Behauptung decken könnten, es habe sich um einen verdeckten Eroberungskrieg gehandelt. Es gab nur ein sehr handfestes europäisches Interesse, nämlich das an der Stabilität und der Situationseingrenzung, und das ist ein absolut legitimes Interesse, zumal es ja identisch ist mit dem Interesse der Betroffenen, nämlich in ihrer Heimat in Frieden leben zu können. Hier gab es all das nicht, was man sonst gern vor allen Dingen den Amerikanern unterstellt und was für die Kolonialkriege gegolten haben mag. Deutsche Eigeninteressen, die es rechtfertigen würden, etwa in Afrika zu intervenieren, gibt es auch nicht. Unter anderem deswegen wird dort nicht interveniert. Das ändert aber nichts an der Notwendigkeit des Bemühens, in solchen Regionen, wo die Staatlichkeit bzw. eine durchsetzungsfähige politische Zentralgewalt fehlt, eine solche herzustellen.

Das geht natürlich nur mit Militär, das darum aber nicht zu einem ›ganz normalen Mittel der Politik‹ werden darf. Dass von deutschem Boden kein Krieg ausgehen kann und soll und darf, daran brauche ich nicht erinnert zu werden. In der Tat bringt die Privatisierung der Gewalt ein ungeheures Problem. Es ist unbestritten, dass sich mit den Lösungsversuchen auch andere Interessen zu verbinden suchen und dass die Handlungsweisen der Amerikaner nicht perfekt sind. Das Problem ist jedenfalls nicht auf dem Wege der Abrüstung zu lösen. Abrüstung ist ein Prozess in normal organisierten Staaten, aber diese gibt es in weiten Teilen der Welt eben nicht.

*Roland Czada:* Woher kommt die Gewalt? Es gab historische Zeiträume mit viel Gewalt und Zeiten, in denen es friedlicher war, d.h. die Gewalt ist keine anthropologische Konstante, die immer in gleichem Maße vorhanden wäre. Heute scheint die Gefahr zu bestehen, dass wir uns auf eine Welt zubewegen, in der Gewalt als privatisierte, nicht verfassungsrechtlich gezähmte Gewalt zunimmt und zugleich noch die klassischen Staatenkriege stattfinden.

War nun der Irak-Krieg ein solcher Staatenkrieg oder begründet er einen neuen Typus von Krieg? Und wie wird sich Europa entscheiden, das sich gegenwärtig über der Frage nach dem Ob und Wie von Krieg und Frieden entzweit? Ist diese Entzweiung Europas möglicherweise Teil der amerikanischen Strategie?

*Hans-Christian Ströbele:* Wer behauptet, die Kriege der letzten Jahre seien aus humanitären Gründen geführt worden, dem sage ich, dass dies heute ebenso wenig zutrifft wie für die Eroberungskriege früherer Jahrhunderte. Weder Kreuzritter noch die Eroberer Amerikas zogen aus Gründen der christlichen Nächstenliebe ins Feld, vielmehr aus handfesten imperialen und wirtschaftlichen Gründen. Wenn heute wirklich in singulären Fällen kriegerische Mittel um humanitärer Ziele willen einsetzbar wären, so frage ich, warum dies nicht zur Verhinderung eines Genozids in Afrika geschehen ist. Beim Genozid in Ruanda 1994 hat man, weil offenbar keine ›wichtigen‹ Interessen im Spiel waren, nur zugeschaut und allen-

falls kritische Kommentare verfasst. Die Behauptung, wir bräuchten das Militär, um humanitäre Katastrophen zu verhindern, ist offenbar nur ein Vorwand.

Auf die Frage, wie sich die Bundesregierung im europäischen Zusammenhang orientieren soll, ist die Option für die Fittiche der amerikanischen Administration keineswegs besonders verheißungsvoll, was die Sicherheit angeht. Gerade unter dem Schutz der riesigen amerikanischen Militärmacht ist es nicht immer sicher. Die Alternative ist, dass Deutschland und Europa versuchen, einen eigenen Weg zu gehen, aber nicht in militärischer Hinsicht. Wir brauchen keine europäische Militärmacht, was überdies ein unbezahlbares Projekt wäre. Wir brauchen in ganz Europa eine Politik, die als Politik eines ›ehrlichen Maklers‹ und des Ausgleichs begriffen wird. Die BRD und Frankreich und – in diesem Zusammenhang – auch Russland sind mit ihrer Verweigerung, sich am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Amerikaner gegen den Irak zu beteiligen, auf dem besten Wege, sich dieses Prestige zu erwerben. Ich glaube, dass die Entscheidung und das Wirken gegen den Krieg ein erster wichtiger Schritt in die Richtung war, damit man uns abnimmt, dass wir nicht auf die Art und Weise wie die US-Administration imperiale Weltpolitik machen wollen. Da liegt unsere Chance, und nicht in militärischer Größe.

*Herfried Münkler:* Die Ereignisse in Afrika – etwa in Ruanda – lehren bei näherer Betrachtung auch, dass Militär nicht gleich Militär ist: Die 90er Jahre waren vor allem eine Geschichte des Versagens der UNO beim Einsatz bestimmter Blauhelme. Auch in Mogadischu, Somalia, gab es eine UNO- Militärmission, aus der die USA sich zurückzogen, nachdem festgestellt worden war, dass die in dieses Hungergebiet einfließende humanitäre Hilfe dazu diente, die örtlichen *warlords* zu alimentieren: Die Nahrungsmittel und Medikamente mussten von ihrem Ankunfts-ort in die Flüchtlingscamps gebracht werden, und zwar mit LKW, über die nur die *warlords* verfügten – und dementsprechend kassierten sie. Das Bemühen um Linderung der verheerenden Folgen eines Bürgerkrieges mittels humanitärer Hilfe wurde dadurch selbst zum Schmiermittel für die Fortführung des Bürgerkrieges. Nachdem dies offenbar wurde, sollte entsandtes Militär dort die Bedingungen der humanitären Hilfe überwachen. Als dies Unruhen hervorrief und die Versuche scheiterten, die *warlords* dingfest zu machen, und amerikanische Soldaten starben – ein toter GI wurde vor den Kameras der Presse durch die Straßen geschleift – zogen die US-Amerikaner ganz schnell ab.

*Osama Bin Laden* äußerte 1995 gegenüber einem Journalisten des *Independent*, die US-Amerikaner seien feige, und man könne ihnen mit kleinen Verlusten ihren politischen Willen nehmen.

Die schwächliche Politik des Westens in Ruanda ist auf das Scheitern in Somalia zurückzuführen: Man traute es sich nicht zu, einen Völkermord dieses Ausmaßes zu verhindern. Dazu hätte gehört, ›richtiges‹ Militär einfliegen zu lassen und mit weitreichenden Befugnissen auszustatten. Wirklich durchzusetzen, dass die Gewalt endet, geht nicht, indem man Patrouille fährt und Fähnchen aufstellt. Die

Frage ist, ob Gesellschaften wie die westlichen wirklich in der Lage sind, einen solchen Völkermord zu verhindern. Es muss in diesen Gesellschaften noch ein Klärungsprozess darüber stattfinden, ob wir unser gutes Gewissen behalten wollen, indem wir uns in die Zuschauerposition begeben, oder ob wir möglicherweise ›schmutzige Hände‹ in Kauf nehmen würden, weil wir diese Zuschauerrolle für letzten Endes zynisch halten.

Im aktuellen Irak-Krieg, um darauf zurückzukommen, war zu beobachten, wie in den ersten Tagen der Kampfhandlungen die Halbinsel *Fao* erobert wurde. Dabei sind drei oder vier britische Soldaten gefallen, während auf irakischer Seite etwa 300 Soldaten fielen. Diese Halbinsel *Fao* hat der Irak 1988 am Ende des ersten Irak-Kriegs von den Iranern zurückerobert. Bei jener Schlacht fielen 160.000 Soldaten. Das war eine klassische Form des Staatenkrieges: Äquivalenzbedingungen, d.h. gleichartig ausgerüstete Truppen traten unter relativ hohen Verlusten gegeneinander an. Den aktuellen Krieg kennzeichnet dagegen eine asymmetrische Kriegführung: Die Amerikaner versuchten zunächst, das irakische Regime über das Zeigen der Symbole ihrer überlegenen Macht, den Truppenaufmarsch, so einzuschüchtern, dass es den Kampf nicht aufnimmt. Saddam Hussein konnte mit seinem Waffenarsenal keinen ähnlichen Effekt erzeugen, sondern setzte die Asymmetrie der Schwäche, die Drohung mit Selbstmordattentätern dagegen. Nach diesem Auftakt über das Präsentieren von Symbolen begann der Krieg. Die beteiligten westlichen Staaten sind nun Demokratien mit einem Rückkopplungsprozess, der eine Minimierung der eigenen Verluste verlangt. Die effektive Gegenstrategie des Irak hieß Maximierung der eigenen Todesbereitschaft, und das Symbol dafür ist der Selbstmordattentäter. Die Iraker waren aber offenbar viel zu säkular, als dass sie sehr viele dieser Attentäter hätten hervorbringen können. Dieser Krieg war kein Staatenkrieg, sondern ein asymmetrischer Krieg, der im Wesentlichen über die Medien ausgetragen wurde.

*Karl Lamers:* Sie sagen, es war kein ›Staatenkrieg‹, weil es eine Asymmetrie gab. Aber es war ein Krieg zwischen zwei Staaten, auch wenn die Kriegsmittel asymmetrisch waren und auf der irakischen Seite nicht funktioniert haben. Wenn Krieg, klassisch definiert, zwischen Staaten stattfindet, so war auch dieser ein ›Staatenkrieg‹.

*Herfried Münkler:* Der ›klassische‹ Staatenkrieg ist der Krieg zwischen zwei Staaten, die eine gemeinsame Grenze haben und an dieser Grenze ihren politischen Willen geltend machen. Staatenkriege haben das Merkmal, dass beide Seiten gleichartig sind, so dass reziproke Verhältnisse herstellbar sind. Auf genau diese Verhältnisse ist auch Völkerrecht zugeschnitten, und unsere Vorstellung vom Krieg – mit Kriegserklärung, Friedensschluss und allem, was dazugehört – ist auf gleichartige Akteure bezogen. Nun haben sich neue Erscheinungen herausgebildet, die nicht mehr allein mit den klassischen Formeln des Staatenkrieges zu beschrei-

ben sind. Der aktuelle Irak-Krieg war wesentlich ein *imperialer* Krieg der USA: Ein Imperium agiert auch in Räumen außerhalb der Umgebung seines eigenen Territoriums.

*Publikum:* Herrn Münklers These von der ›Entstaatlichung der Kriege‹ ist einleuchtend. Aber welche Begründung kann es für einen ›Krieg gegen den Terrorismus‹ geben? Kann der Irak-Krieg dagegen ein wirkungsvolles Mittel sein?

Die Stichworte ›humanitärer Krieg‹ und ›Menschenrechte‹, auf die zur Begründung für militärische Interventionen verwiesen wird, werfen die Frage auf, ob überhaupt ein internationales Menschenrechtsregime realisierbar ist, bei dem die Frage legitimer Eingriffe wirklich geklärt ist. Die Diskussion um den Internationalen Strafgerichtshof z.B. zeigt deutlich die Regelungsprobleme insbesondere im Hinblick auf die USA.

In der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik spielen die eigenen militärischen Kräfte bisher keine Rolle. Sollten sie für Friedensmissionen im Rahmen der UNO eingesetzt werden?

Für militärische Interventionen werden einerseits immer wieder ›humanitäre Gründe‹ geltend gemacht. Mit der Lösung jener humanitären Probleme, die sich durch die Intervention ergeben, werden oft die Hilfsorganisationen beauftragt. Deren Mitarbeiter fragen sich inzwischen, ob sie nicht zunehmend zur Aufräum- und Säuberungstruppe nach militärischen Interventionen der führenden Weltmächte werden. Verkommt ›Humanität‹ in diesem Zusammenhang nicht zu einer nichtsagenden Formel? Und verwischen sich nicht vollends die Unterschiede, wenn Militärs zunehmend selber humanitäre Maßnahmen wahrnehmen?

*Publikum:* Herr Ströbele, Ihre Partei rechnete mit bis zu 2 Millionen Toten im Irak-Krieg. Bisher sind nur wenige Tausend gestorben. Gibt es bei Ihnen jetzt nicht eine Genugtuung darüber, dass dieser Krieg zumindest nicht so schrecklich geworden ist, wie befürchtet wurde? Mit Ihrem Anti-Amerikanismus schüren Sie den Hass gegen die Amerikaner, geben ihnen selbst Schuld am Terrorismus. Das Opfer ist selbst schuld?! Ist das nicht unverantwortlich?

*Hans-Christian Ströbele:* Es gibt ja eine Weltordnung für Menschenrechte, die UN-Charta, es gibt eine Weltordnung, die festlegt, wann sie anzuwenden ist. Es gibt eine internationale Gerichtsbarkeit, die Menschen- und Völkerrechtsverletzungen verfolgt. Das sind hohe kulturelle Errungenschaften, und wir haben sie vor allem den US-Amerikanern zu verdanken, die die Initiative dazu mit ins Leben gerufen haben und mit für die Gründung der Vereinten Nationen sorgten. Ihnen haben wir viel zu verdanken, und wir haben sie dafür bewundert. Nur treten sie all das doch jetzt selbst mit Füßen: Die Menschenrechtskonvention ist ihnen egal, und das Völkerrecht ist ihnen egal. Dieser Krieg gegen den Irak ist mit der UN-Charta weder materiell noch formell zu rechtfertigen. Die USA verweigern heute als eine

von wenigen Nationen dem Internationalen Strafgerichtshof ihre Zustimmung, obwohl sie ihn mitinitiierten. Auch der Atomwaffensperrvertrag war von früheren US-Regierungen vorangetrieben worden. Heute verwerfen die USA all das aus Gründen ihrer imperialen Interessen, die sie durchzusetzen versuchen.

Die USA müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass ihr Krieg gegen Afghanistan als Reaktion auf die Attentate vom 11. September 2001 viele Menschen zu neuem Hass und in neue Verzweiflung treibt. Wir werden sicherlich immer wieder Selbstmordattentäter haben, die die Erfahrung von Bombenangriffen der US-Amerikaner auf ihre Wohnung gemacht haben und so zu solchen Hass getrieben wurden.

Wir müssen die nach dem letzten Weltkrieg als große kulturelle Errungenschaften entstandenen internationalen politischen Systeme weiterentwickeln. Dazu gehört auch, die Charta der UN um eine Bestimmung darüber zu erweitern, wann eine humanitäre Katastrophe vorliegt und wann man dort – auch mit militärischer Gewalt – eingreifen kann. UNO-Soldaten könnten retten und helfen. Die UNO ist aus dem Irak-Krieg mit gestärkter Reputation hervorgegangen, weil sich seit langer Zeit zum ersten Mal gezeigt hat, dass im Weltsicherheitsrat nicht das Geld regiert und nicht der amerikanische Druck. Man muss die UNO auch reformieren, demokratischer und von ökonomischen und politischen Interessen der Weltmacht unabhängig machen. Das ist die einzige Alternative für die Zukunft einer Welt, die zu einer friedlichen Welt werden will, und dafür lohnt sich jede Mühe. Man kann auch überlegen, ob man aus Europa und anderen Ländern der UNO direkt militärische Interventionsmittel unterstellen will, die allein unter der Ägide einer Mehrheit der UN eingesetzt würden.

*Karl Lamers:* Für ein internationales Menschenrechtssystem, das sicher vorstellbar ist, ergibt sich eine prinzipielle Notwendigkeit aus der zunehmenden Globalisierung der Welt, aus der wechselseitigen Abhängigkeit, aus der Vernetzung. Es gibt dazu durchaus Ansätze, die vornehmlich im wirtschaftlichen Bereich gelten, z.B. die *World Trade Organisation*, und die von Europa durchgesetzt wurden. Die WTO entstand übrigens gegen heftigen Widerstand der USA, weil sie darin ein Stück Souveränitätsverzicht sahen.

Wir brauchen in dieser Welt eine Rechtsordnung und ein Menschenrechtssystem, aber fraglich ist, wer es durchsetzt. Die Antwort: »Die Vereinten Nationen« scheint naheliegend, aber was sind die Vereinten Nationen eigentlich? Die Vereinten Nationen, so wie sie organisiert sind, erscheinen als ein Club von fünf Ländern. Wer von diesen ist in der Lage, das Recht durchzusetzen? Nur eines, nämlich die USA. So sehr ich für die Rechtsordnung der Vereinten Nationen eintrete, bin ich doch überzeugt, dass sie ohne die USA nicht und nirgendwo durchsetzbar sein wird. Auch mit den USA wird es große Hindernisse geben, denn so viele Interventionen, wie zur Durchsetzung der Menschenrechte notwendig wären, werden auch die USA nicht leisten können. Die Frage ist, wie können wir sie dazu bringen, ihre

Aufgabe mit möglichst wenig Nebeninteressen wahrzunehmen und in erster Linie der Durchsetzung dieser Rechtsordnung zu dienen, und damit auch letzten Endes ihren Interessen? Hier liegt die entscheidende Aufgabe Europas. »Europa ist ein Beitrag zu einer besseren Welt«, lautet ein sehr bescheidenes und zugleich sehr anspruchsvolles *bonmot*. Die Europäer tun freiwillig, was weltweit notwendig ist: Sie unterstellen sich einer gemeinsamen Rechtsordnung. Das ist beispielhaft, auch wenn ein vergleichbares Modell für die ganze Welt derzeit nicht vorstellbar ist. Weiter müssen wir Europäer so stark werden, dass Amerika auf uns hört, hören muss. Dazu brauchen wir Armeen für militärische Zwecke, aber noch nötiger ist, dass wir für nicht-militärische Zwecke außenpolitischer Art mehr tun.

Es wird in jedem Falle teuer werden, aber erste Voraussetzung ist, dass wir mit einer Stimme sprechen. Europa kann und soll nicht so werden wie Amerika; wir können weder traditionelle Großmacht werden noch moderne Supermacht. Aber wenn wir unsere Kräfte zusammenlegten, wäre aber schon viel gewonnen, auch militärisch. Wenn der Streit um den Irak-Krieg innerhalb der EU auch tiefe Wunden hinterlassen hat, so wird er langfristig doch lehrreich für die Europäer sein, besonders dann, wenn einige Staaten beginnen, voranzugehen und einen Kern zu bilden. Der Kern des Kerns sind Frankreich und Deutschland. Ohne Frankreich und Deutschland wird es das einige Europa nicht geben und damit auch nicht das, was wir an Beitrag zu einer besseren Welt leisten können.

*Roland Czada:* Deutschland und Frankreich wollen die Macht der USA in den Dienst einer internationalen Rechtsordnung stellen – leider können wir jetzt nicht darüber diskutieren, wie das geschehen soll.

*Herfried Münkler:* Meine Feststellung: die Staaten sind nicht mehr die Monopolisten des Krieges, sondern private Akteure sind hinzugekommen, gilt auch für die Kontrolle des Waffenhandels und für die Kontrolle der ›Faktenglobalisierung‹, der Massenkommunikation. Die Probleme mit der Finanzierung der erwähnten transnationalen Kriege entstehen auch dadurch, dass die Staaten im Zeichen des Neoliberalismus die Kontrolle über die Ströme von Gütern, Menschen, Informationen oder Dienstleistungen verloren haben. Also: Die Waffen, mit denen die Kriege in Schwarzafrika geführt werden, sind nicht das teure Gerät, das eine westliche Armee benutzen würde. Sie kommen durch internationale Waffenschieber aus Russland und anderen Ländern, und deswegen sind sie billig. Umgekehrt gilt: Versuche, den Zufluss von Ressourcen oder illegalen Gütern in diese Gebiete zu stoppen oder unter Kontrolle zu bekommen, sind wenig erfolgreich, und dieses Problem wird man schwerlich in den Griff bekommen. Das ist das Beiprodukt der Globalisierung, die ›Schattenglobalisierung‹. Für den Versuch, hier und da die negativen Folgen dieser Prozesse mit Militärinterventionen unter Kontrolle zu bringen, ist möglicherweise ein hoher Preis zu bezahlen.